

„Europe is in a fight“ - Aufrüstung oder Klassenkampf? Eine Frage von globaler und europäischer Wohlstandsgerechtigkeit

Autorin: Anna Laetitia Rauchenwald

Sie habe lange und intensiv darüber nachgedacht, ob sie ihre Rede zur Lage der Union mit einem solch starken Urteil beginnen solle, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 10. September 2025 in ihrer Rede zur Lage der Union. Immerhin seien „wir“ Europäer:innen nicht gewohnt, in solchen Begriffen zu sprechen. Aber dennoch, „make no mistake“, erklärte sie, nachdem sie ihre Rede vor dem Europäischen Parlament und vor der europäischen Öffentlichkeit mit einschneidenden Worten begonnen hatte: „Europe is in a fight“ (von der Leyen 2025: 1).

Battlelines for a new world order based on power are being drawn right now. So, yes, Europe must fight. For its place in a world in which many major powers are either ambivalent or openly hostile to Europe. A world of imperial ambitions and imperial wars. A world in which dependencies are ruthlessly weaponised. And it is for all of these reasons that a new Europe must emerge. (von der Leyen 2025: 2)

Die Zuhörer*innen dieser Rede erlebten somit ein weiteres wichtiges Momentum in der Militarisierung der europäischen Außenpolitik: „Von der Leyen schwört die EU auf Krieg ein“, titelt Die Presse (Grimm 2025) wenige Stunden nach der Rede. Dabei stellen sich wichtige Fragen: Auf wessen Krieg? Was ist „neu“ an der Weltordnung, die Kriegsvorbereitungen in Europa notwendig machen? Was ist „neu“ an einer Weltordnung, die auf Macht basiert, von imperialen Ambitionen gezeichnet ist und in der Abhängigkeiten „rücksichtslos“ instrumentalisiert werden? Und welches „neue Europa“ soll nun entstehen – und ist es ein Europa, das für globale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle einsteht?

Die Sahelzone als Schauplatz der Zeitenwende

Europa steckt in einer Aufrüstungsspirale: 2022 wurde in Europa bereits 13 Prozent mehr für Rüstung ausgegeben als noch im Jahr zuvor. In Zentral- und Westeuropa wurden insgesamt 345 Milliarden Euro für Rüstungsindustrie ausgegeben, der höchste Wert seit Ende des Kalten Kriegs (SIPRI 2023: 8-9). In den kommenden Jahren möchte die EU zusätzlich bis zu 800 Milliarden Euro für die Aufrüstung mobilisieren (von der Leyen 2025: 6). Auslöser dieses immensen „Schub[s] in Quantität und Qualität“ (Kolling 2023: 7) der europäischen Aufrüstung war zuerst der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine

und dann die Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. In der heurigen Rede zur Lage der Union der Kommissionspräsidentin wird dieser Zusammenhang augenscheinlich: Es sei Russland, vor dem sich Europa verteidigen müsse und es seien die USA, von denen Europa Unabhängigkeit erlangen solle (von der Leyen 2025: 6, 15). Diese Auslöser, auf die sich von der Leyen bezieht, sind jedoch nur Momente der geopolitischen Transformation, in der Konkurrenten erstarken, während sich immer tiefer greifende Interessenskonflikte innerhalb des westlichen Machtblocks auf tun und die Hegemonie dieses historischen Blocks insgesamt zunehmend bröckelt (Petras & Veltmeyer 2016: 2-12). Das ist die „eigentliche Zeitenwende: das Ende der 500-jährigen Epoche der weltweiten Herrschaft Europas und seines nordamerikanischen Ablegers, die Entwestlichung der Welt“ (Wahl 2024: 27).

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist nur einer der Schauplätze, an der sich diese tiefgehende Transformation abspielt. Ein weiterer, weitaus weniger beachteter Schauplatz ist die Sahelzone. Die Sahelzone ist die südlich an die Sahara grenzende Übergangsregion, zu der meist die zehn Länder Senegal, Gambia, Mauretanien, Guinea, Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad, Kamerun und Nigeria gezählt werden. Die Region wurde im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert im Zuge des Wettlaufs um Afrika durch Frankreich kolonialisiert. Legitimiert durch das rassistische Narrativ der Zivilisierung wurden die lokalen Strukturen zerstört, unter Kolonialverwaltung gestellt, Ressourcen angeeignet und die Bevölkerung zu Arbeit und Steuerzahlung gezwungen. Nachdem die Länder in den 1960er Jahren ihre formelle Unabhängigkeit erlangen konnten, kam es zu einer Zeitenwende des Kolonialismus – nicht jedoch zu einem Systemwandel. Der Kolonialismus wurde informell über militärische, politische und ökonomische Übermacht weitergeschrieben (Gerócs 2025: 301-306).

Bereits unter der französischen Kolonialherrschaft war beispielsweise Niger eine extraktive Kolonie, deren primärer Zweck es war, Ressourcen wie Kohl, Eisenerz und Uran an Frankreich zu liefern. Diese ökonomische Abhängigkeit und Ausbeutung endete nicht durch die formelle Unabhängigkeit: Bis heute kommen über die Hälfte der Staatseinkünfte Nigers aus dem Ausland. Besonders das Uran, das in Kernkraftwerken und zur Kernwaffenproduktion genutzt wird, dominiert die nigrische Exportwirtschaft. Niger rangiert sogar auf Platz 3 der größten Uranproduzenten der Welt; dennoch haben 85% der Menschen in Niger keinen Zugang zu Elektrizität (Robert 2023). Bis vor Kurzem war es noch der alte Kolonialherr Frankreich, der von dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit profitierte. 32 Prozent der französischen Uranimporte kamen aus dem Niger (Berndt 2023: 44), Frankreich wurde mit dem teilstaatlichen Unternehmen Orano zum zweitgrößten Uranproduzenten der Welt, ohne Uranvorkommen im eigenen Land (Afoumba 2021: 33).

Ein ähnliches Muster zeigt sich nicht nur in Energie- und Ressourcenfragen, sondern auch im Ernährungsregime. So wurde beispielsweise die Küste Senegals von Fangflotten aus Europa und Asien leergefischt. Allein zwischen 2016 und 2017 kam es zu einem Rückgang der Fischfänge um 80 Prozent,

sodass statt vormals 650.000 Menschen nurmehr 70.000 Menschen versorgt werden könnten. Der Präsident der Gemeinschaft der Kleinfischerei im Senegal ordnet dies in die Geschichte des Kolonialismus ein: „Zuerst gab es die Sklaverei, dann die Kolonisation und seit der Unabhängigkeit herrscht heute eine neue, maskierte Form der Sklaverei“ (maldekstra 2018: 4).

Frankreich sicherte diese wirtschaftliche Ressourcenextraktion mit militärischer Präsenz. Als im Zuge eines Aufstands im Jahr 2013 die malische Regierung Kontrolle über das eigene Staatsgebiet zu verlieren und die Gewalt auf Niger überzuschwappen drohte, war Frankreich sofort an Ort und Stelle. Seit 2014 lief die Operation „Barkhane“, insgesamt waren 5100 französische Soldaten im Einsatz gewesen. Auch die EU war seit 2014 mit Missionen in Mali und Niger aktiv, um die steigende islamistische Gewalt einzudämmen (Wilén 2025). Seit 2020 kam es zu einer Welle an Putschen in Mali, Burkina Faso und Niger. Die Militärjuntas im Sahel beendeten die Zusammenarbeit mit Frankreich, der EU und der UNO, die ihre Missionen weitgehend einstellen mussten (Carayol 2024). An ihre Stelle tritt nun Russland. Die Militärs in Mali und Niger, die seit 2014 von der EU ausgestattet und ausgebildet wurden, werden jetzt durch russische Sicherheitskräfte ausgestattet und ausgebildet (Berndt 2024: 95). Unterdessen führt das russische Kernenergieunternehmen Rosatom Gespräche mit den nigrischen Behörden über die Übernahme jener Urananlagen, die bis Ende 2024 noch unter der operativen Kontrolle des französischen Unternehmens Orano gestanden hatten (Mayer et. al. 2025: 8).

In der neuen Weltordnung bleibt alles beim Kapitalismus

Wir beobachten im Sahel einen Machtwechsel – nicht jedoch einen Systemwechsel. Im globalen Kapitalismus ringen die globalen Zentren um Macht und Einfluss in den Peripherien; diese Wurzel der kolonialen Ausbeutung und globalen Ungleichheit bleibt durch Machtverschiebungen innerhalb des Systems unangetastet (Nkrumah 2016 [1965]: 160-161). Die kapitalistische Weltordnung basiert auf Macht, imperialen Ambitionen und auf Abhängigkeiten, die „rücksichtslos“ instrumentalisiert werden (LeBlanc 2013). Nichts daran ist „neu“. Neu ist nur, dass Europa diese Weltordnung in der Zukunft nicht mehr anführen wird. Das ist, wovor von der Leyen in ihrer Rede warnt. Die Vision, für die sie zum Kampf aufruft, ist nicht die Vision von globaler Gerechtigkeit, sondern die Vision einer Welt, an deren Spitze nach wie vor Europa stehen soll.

„Make no mistake“: Diese Logik der Aufrüstung und Militarisierung ist immanente Folge aus der kapitalistischen Konkurrenz. Im Kapitalismus muss Wirtschaft immer wachsen, was bedeutet, dass sich die kapitalistische Produktion immer räumlich ausbreiten muss. Es entsteht ein Konkurrenzkampf zwischen (nationalen) Kapitalfraktionen um den Zugang zu Märkten, Rohstoffquellen und Kapitalanlagen. Weil das kapitalistische System das nationale Kapital notwendigerweise zu Wachstum und Konkurrenz zwingt, sind auch die politisch-militärischen Repräsentanten des nationalen Kapitals notwendigerweise zu Konkurrenz gezwungen. Das

internationale Staatensystem ist ein System der Konkurrenz, weil der Kapitalismus ein System der Konkurrenz ist. Das ist nicht nur eine allgemeine Feststellung, sondern eine unabdingbare Erkenntnis über die gesellschaftlichen Bedingungen und Ursachen von Konflikten und Kriegen (Berndt 2021: 33-35).

Vor diesem Hintergrund ist auch die Militarisierung der EU zu verstehen: Die Aufrüstung Europas steht in direktem Zusammenhang mit einer geopolitischen Wende, in der die Macht der EU erodiert. Europa militarisiert seine Außenpolitik und investiert in Rüstungskapazitäten, nicht (nur), um sich gegen Russland, sondern um die eigene globale Hegemonieposition zu verteidigen. Eine Position, die seit jeher auf der Ausbeutung und Unterdrückung der globalen Peripherie beruhte, von der das europäische Kapital profitiert. Die Militarisierung Europas soll dieses globale Machtverhältnis durch militärische Gewalkapazitäten absichern, um wettzumachen, dass die Konsensfähigkeit der westlichen Weltordnung und das positive Image der EU als Friedensprojekt in Brüche gehen (Roithner 2007, Pflüger 2008, siehe im Detail anhand des Beispiels der EU-Missionen in Mali und Niger: Rauchenwald 2024).

Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich

Wer sich fragt, woher die aktuelle Aufrüstungsdynamik in Europa stammt, muss die Konkurrenzlogik des Kapitalismus als Ausgangspunkt der Analyse wählen und somit zur Kenntnis nehmen, dass Krieg und Kriegsvorbereitungen im globalen kapitalistischen System immanent sind. Bereits vor über 130 Jahren arbeitete Rosa Luxemburg (2021a [1899]: 127; 2021b [1899]: 49) drei wichtige Funktionen des Militarismus im Zusammenspiel von Staat und Kapital heraus. Erstens ist das Militär „Kampfmittel für konkurrierende ‚nationale‘ Interessen gegen andere nationale Gruppen“ (Luxemburg 2021b [1899]: 49). Diese Kampfmittel müssen nicht eingesetzt werden, damit sie Wirkung entfalten. Rosa Luxemburg (2018 [1911]: 21-22) spricht von zwei Formen des Militarismus: „Krieg und bewaffneter Friede[n]“, denn schon die stille Drohung der militärischen Übermacht ist ausreichend, um außenpolitisch durchsetzungsfähig zu sein. Die USA sind hierfür das prägnanteste Beispiel: Kein Konkurrent der USA ist dazu in der Lage, sinnvollerweise gegen die USA einen konventionellen Krieg zu führen; die europäischen militärischen Verbündeten der USA sind durch diese Übermacht auf die Unterstützung der USA angewiesen, ihre militärische Souveränität ist relativiert (Hirsch 2005: 163-164).

Militarismus ist zugleich ein Werkzeug der Klassenherrschaft nach innen: Das Militär kann im Fall eines Aufstands gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Um dies zu verhindern, stützt der Militarismus die Klassenherrschaft auch als ideologischer Kitt, der die Klassengegensätze hinter einem vermeintlichen gemeinsamen Nationalinteresse (oder europäischen Interesse) verschwinden lässt. So auch aktuell in Europa: Die Militarisierung fungiert als europäisches Hegemonieprojekt, indem sie die europäische Zusammenarbeit als Sicherheitsfrage postuliert, damit die EU als

Notwendigkeit deklariert und das integrative Staatsprojekt legitimiert. Die Militarisierung hält als ideologischer Kitt das (europäische) Staatsprojekt zusammen (Oberndorfer 2019: 49-68), was mitunter erklärt, warum bereits vor 2022 ein vehementes Bemühen bestand, die EU zu einem stärkeren, militarisierten außenpolitischen Akteur zu machen (Csernatonni 2021: 1). Die Europäische Kommission ist hier die treibende Kraft, die immer wieder neue Möglichkeitsfenster nutzt, um neue Integrationsschritte zu setzen, um sich so selbst als Koordinatorin besser im europäischen Staatsapparate-Ensemble zu positionieren und sich langfristig, durch die Aufwertung der europäischen Rüstungsstärke, als globale Akteurin zu etablieren.

Steuergeld für das Rüstungskapital, Sparpolitik für die Arbeiter*innenklasse

Als dritte Funktion des Militärs im Kapitalismus verortete Rosa Luxemburg (2021b [1899]: 49) diese als „wichtigste Anlageart ebenso für das finanzielle wie für das industrielle Kapital“. Im Kapitalismus ist Rüstung und Militär ein profitables Geschäft. Das führt dazu, dass eine gesellschaftliche Fraktion vom Ukrainekrieg profitieren konnte, nämlich die Rüstungsindustrie. Der größte Rüstungskonzern Europas, Leonardo aus Italien, berichtet über das Jahr 2022 von einem Wachstum der Aufträge um 20 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021, mit einem Gesamtwert von 17 Milliarden Euro. 47 Prozent der Gewinne von Leonardo stammten im Jahr 2022 von europäischen Abnehmern (Leonardo 2023: 2, 4). Der französische Rüstungskonzern Thales, der im Jahr 2022 auf Platz 17 der größten Rüstungskonzerne der Welt rangierte (SIPRI 2023b: 9), verzeichnete 2022 einen Anstieg der Aufträge um 18 Prozent (Thales Group 2023: 1), im Jahr darauf verweilten sie auf gleich hohem Niveau: „Our excellent sales momentum continued in 2023, with the order intake once again exceeding €23 billion and the order book reaching an all-time high“, erklärte Thales-CEO Patrice Caine in einem Pressestatement (Thales Group 2024: 1-2). Der transeuropäische Rüstungskonzern Airbus, Platz 14 der Weltrangliste der Rüstungskonzerne (SIPRI 2023b: 9), verzeichnete 2022 einen Auftragseingang von 82,5 Milliarden Euro, 2021 zählten die eingegangenen Aufträge noch 62 Milliarden Euro (Airbus 2023: 1). Der Wert der Aktie von Rheinmetall, dem größten deutschen Rüstungskonzern, hat sich seit Beginn des Ukrainekriegs mindestens versechsfacht (Bonazzi 2024).

Es wird deutlich, dass die Nachfrage nach Rüstungsgütern politisch bestimmt wird (Zschoche 2021: 7, 10). Der Staat nimmt nachfrageseitig eine Monopolstellung ein, weshalb die Entwicklungen des Rüstungsmarkts eng an die politischen Entwicklungen geknüpft ist. Die privatwirtschaftlich organisierte Rüstungsindustrie wird so stärker durch den Staat gesteuert als andere Branchen, durch die Praxis der nationalen Bevorzugung, die Praktiken der Rüstungskontrolle und die Vergabe von Aufträgen (Brzoska 2014). Die Konkurrenz ist in der Rüstungsbranche aufgrund der notwendigen Spezialisierung überschaubar, was dazu führt, dass die Regierungen oft ihre Verträge bereits mit bestimmten Rüstungsunternehmen abschließen müssen, von denen sie abhängig sind. Das bringt die

Rüstungskonzerne in eine gute Verhandlungsposition, die ihre Gewinnspannen vergrößert, im gleichen Maße, wie es die staatlichen Rüstungsausgaben erhöht (Bonazzi 2024).

Lobbyismus und eine enge Vernetzung zwischen Rüstungsindustrie und Staat liegen in dieser strukturellen Beziehung verankert. Heute spricht man bei dieser strukturell begünstigten engmaschigen Netz zwischen Rüstungsindustrie, Politik und Militär von einem „militärisch-industriellen Komplex“ (Luehmann 2012: 10). Dorothea Schmidt (2020: 637) sammelte für Deutschland einige stichhaltige Hinweise, die darauf hindeuten, dass es in der Bundesrepublik eine Verflechtung zum militärisch-industriellen Komplex „im Sinn eines verselbstständigten, und weder durch das Parlament noch durch die Öffentlichkeit kontrollierbaren Bereichs der intensiven Kooperation der einheimischen Rüstungsindustrie mit Teilen des staatlichen Apparats gibt“. Die NGO Corporate Europe Observatory hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Praktiken auf EU-Ebene offenzulegen und die politische Einflussnahme großer Konzerne aufzudecken. In einem Papier über die französische Ratspräsidentschaft des ersten Halbjahres 2022 zeigt Corporate Europe Observatory (2021: 4) auf, wie die Prioritätensetzung Frankreichs in der EU mit dem Einfluss der französischen Rüstungsindustrie zusammenhängt.

Die Frage der Aufrüstung ist schließlich in Zeiten des Spardrucks und der Austerität in Europa eine Frage der Wohlstandsgerechtigkeit. Die profitablen Entwicklungen am Rüstungsmarkt werden am Ende des Tages durch Steuergeld finanziert, denn die größten Abnehmer für Rüstungsgüter sind Staaten, deren Verteidigungsministerien und Beschaffungsinstitutionen. Die Verteidigungsetats und damit die Rüstungsprofite werden weiter steigen – und das trotz eines neuen Schubs des neoliberalen Spardrucks nach der Coronakrise. In Frankreich wurde ein Sparpaket von fast 44 Milliarden Euro vorgelegt. Feiertage sollen gestrichen werden, Behörden zusammengelegt, Beamtenplätze reduziert, Rentenzahlungen und Sozialleistungen eingefroren werden. Im Gesundheitssystem wird gespart und Krankenschreibungen rigoros kontrolliert. Gleichzeitig ist im französischen Militärbudget eine Milliardenenerhöhung vorgesehen (tagesschau.de 2025). So auch in Österreich: Während die Regierung heuer insgesamt 6,4 Milliarden Euro und nächstes Jahr 8,7 Milliarden einsparen möchte, sollen sich die Verteidigungsausgaben bis 2032 verdoppeln. Diesen Kurs - Sparpolitik im Sozial-, Bildungs- und Klimabereich auf der einen Seite, Investitionen in die Aufrüstung auf der anderen Seite - will die Europäische Kommission durch eine Reihe an Maßnahmen forcieren. Darunter ist auch ein Vorschlag, der im Angesicht der vielfältigen Krisen bisher noch undenkbar war: Rüstungsausgaben sollen von den europäischen Schuldenregeln ausgenommen werden (Tschiderer 2025, Szigetvari 2025).

Militarisierte Krisenbearbeitung im Interesse des Kapitals

Steuergeld für das Rüstungskapital und Sparpolitik für die Arbeiter*innenklasse geschehen dabei nicht zufällig gleichzeitig, sondern sie sind zwei Münzen einer Medaille. Sie sind Politik des Staates,

der im Kapitalismus nicht neutrale, übergeordnete Instanz, sondern Organisationsform zur Reproduktion des Kapitalismus ist. Im Staat verdichten sich die Kräfteverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Klassenfraktionen, er schafft das Terrain und die Form der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Das aber nicht auf eine gleichberechtigte Art und Weise, denn der Kapitalismus ist eine Gesellschaftsformation, deren Grundlage die Herrschaft der besitzenden Klasse über die Arbeiter*innenklasse ist. Die Funktion des Staates ist es, diese Herrschaft aufrechtzuerhalten und Krisen auf eine Art und Weise zu bearbeiten, die kapitalistische Akkumulation im Sinne der Kapitalist*innenklasse sowohl ideologisch als auch ökonomisch aufrechtzuerhalten und zu erweitern (Wissel 2015: 29-33).

Nun steckt die kapitalistische Ökonomie in Europas in einer tiefen, strukturellen Krise, in Österreich ist es die längste Krise der Zweiten Republik. Rezession und Stagnation stehen steigenden Staatsschulden gegenüber, die den Staat aufgrund der zu leistenden Zinsdienste und der Verhaftung in der neoliberalen Ideologie der Schuldenbremse in seiner Handlungsfähigkeit einschränken.

In der ersten Phase der Krise, der Pandemie, intervenierte der Staat in Österreich durch die Ausschüttung von immensen Summen. Um die 75 Milliarden Euro kosteten die Hilfsmaßnahmen dem Staat Österreich, dazu zählen Kurzarbeitsgelder, der Fixkostenzuschuss, der Umsatzersatz oder staatliche Garantien (Scheiblecker et. al. 2023: 3). Das Krisenprogramm unter dem Motto „Koste es, was es wolle!“ (Die Presse 2020a) war einseitig darauf ausgelegt, die Unternehmen durch die Krise zu bringen. Teilweise kam es durch Überförderung zur direkten Finanzierung von Unternehmensgewinnen. Mindestens 1,4 Milliarden Euro der staatlichen Hilfgelder flossen als Profite direkt in die Taschen der Kapitalist*innenklasse (Jüngling 2024).

Die Schulden, die dadurch entstanden, werden jetzt zu einem Großteil von der Arbeiter*innenklasse abbezahlt werden. Etwa die Hälfte der geplanten Sparmaßnahmen werden durch sie bezahlt, während nur 21 Prozent der Maßnahmen alleine Unternehmen treffen werden (Blaha et. al. 2025: 6). Durch die steigenden Rüstungsausgaben in Europa und auch in Österreich werden nun, wie bereits gezeigt wurde, wieder Profite einer Kapitalfraktion, der Rüstungsindustrie, finanziert. Diese Verteilung von Steuergeld ist in Summe Umverteilung von Unten nach Oben und damit mittelbare Extraktion des von der Arbeiter*innenklasse produzierten gesellschaftlichen Wohlstands zugunsten der Kapitalist*innenklasse.

Dieses Krisenprogramm des Staates ist kein Bruch mit dem Neoliberalismus, der Zurückhaltung des Staates predigt. Im Gegenteil ist diese Krisenbearbeitung im neoliberalen Regulationsmodell angelegt. Seit den 1970er Jahren steckt das kapitalistische System in einer strukturellen Überakkumulationskrise, deren Bearbeitung die Politik und Ökonomie maßgebend vorantreibt. Die erweiterte Reproduktion des Kapitals kann nicht mehr innerhalb des Produktionsprozesses

gewährleistet werden, weshalb ständig neue gesellschaftliche Sphären kapitalisiert und zu Quellen des Profits gemacht werden müssen. Daraus ergeben sich drei Krisenbearbeitungsstrategien, die die politische und wirtschaftliche Entwicklung ausmachen: Erstens die Finanzialisierung, in der überschüssiges Kapital in Spekulation investiert wird. Zweitens die Privatisierung und Kommerzialisierung von öffentlichen Gütern. Und drittens, so die These von William Robinson (2019: 849-853), ist auch die vermehrte Investition in Güter sozialer und militärischer Kontrolle eine aktuelle ökonomische Krisenbearbeitungsstrategie. Auch Rosa Luxemburg (2021a [1899]: 115-121) postulierte diese gesamtökonomische Funktion des Militarismus. Durch die schiere Unerschöpflichkeit und Grenzenlosigkeit der Aufrüstung gäbe es kaum eine Anlageform, die so gut als Entlastung einer Überakkumulationskrise dienen könne. Im Rüstungswettlauf ist das Wachstumspotential schier endlos, solange er ideologisch und politisch akzeptiert und mitgetragen wird.

Hier wird deutlich, wie die Finanzierung der Rüstungsprofite mit der Sparpolitik für die Arbeiter*innenklasse strukturell zusammenhängt. Die Investitionen in die Rüstungsindustrie versprechen mehr Profite als Investitionen in Pflege, Gesundheit, Bildung und Sozialsystem. Das kommt daher, dass diese Bereiche des direkten Arbeitens am Leben, der Gesundheit und Entwicklung des Menschen im Kapitalismus abgewertet werden müssen, damit die Herstellung der wichtigsten Ware im Kapitalismus, der Ware Arbeitskraft, möglichst billig ist. Frauen* und feminisierte Personen erledigen diese Arbeit so oder so, auch wenn sie jetzt, wie in Österreich geplant, durch die Aussetzung der Inflationsanpassung von Sozial- und Familienleistungen weniger Geld erhalten (Achleitner 2025: 3). Die Abwertung der feminisierten Care-Arbeit als unbezahlte und unterbezahlte Arbeit ist für den Kapitalismus konstitutiv (Federici 2015: 47) – und wird nun durch das militaristische Staatsprojekt auf die Spitze getrieben: Statt Geld für Menschen gibt es Geld für Kriegsvorbereitungen. Aus diesem Zusammenhang kann das Kapital gleich doppelt Profit schlagen, denn es profitiert von den Rüstungseinnahmen, aber auch davon, dass Reproduktionsarbeit unbezahlt oder unterbezahlt zumeist von Frauen* und feminisierten Personen erledigt wird. Das erklärt, weshalb die Kriegswirtschaft als Krisenbearbeitungsstrategie präsentiert und diskutiert wird, ungeachtet der Tatsache, dass Investitionen in Umweltschutz, Bildung und Gesundheit stärkere positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung haben, wie eine aktuelle Greenpeace Studie für Deutschland, Italien und Spanien (Bonaiuti et. al. 2023: 20-22) zeigt.

Abrüstung als gesellschaftliches Ziel

Wie Susi Snyder (2020: 17) in ihrem Artikel „Bombenbauer und Bombenbanker“ darstellt, gibt es bereits Initiativen, die den Profit mit Rüstungsproduktion problematisieren. Sie erklärt, dass es sich als besonders effektiv herausgestellt hat, den Finanzfluss der Waffenhersteller zu unterbinden. Beispielsweise hätten eine Reihe an Herstellern von Streumunition ihre Produktion aufgegeben, weil zuvor Kreditinstitute Druck aufgebaut hatten. Das Projekt „Don't Bank on the Bomb“ versucht, auf

gleichem Weg Druck auf die Investoren und Hersteller von Atomwaffen auszuüben. In Deutschland lief die Kampagne unter dem Motto „Atomwaffen – ein Bombengeschäft“. Die Beteiligten riefen acht deutsche Finanzinstitute, darunter die Deutsche Bank, die Commerzbank und die Allianz, dazu auf, ihre Investitionen von knapp 7,6 Milliarden Euro in Herstellerfirmen von Atomwaffenkomponenten oder Trägersystemen zu beenden (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. 2014).

Während die Kampagne den Finger an einen wunden Punkt des Kapitalismus, der Profitgewinnung durch Leid und Zerstörung, legt, verharren Forderung und Strategie in dem durch den Kapitalismus vorgegebenen Rahmen. Rüstungskontrolle muss deshalb von Friedensforschung und Friedenspolitik künftig nicht nur negativ gedacht werden: Als Verbot und Einschränkung von Rüstungsproduktion und -handel. Rüstungskontrolle muss positiv gedacht werden: Als gesellschaftliche Kontrolle, in der Fragen von Sicherheit, Frieden und internationalen Beziehungen demokratisch organisiert werden. Es lohnt sich, eine hundertjährige Forderung der französischen Friedensbewegung aus der Zwischenkriegszeit gedanklich wieder aufzugreifen: die gesellschaftliche Kontrolle der Rüstungsindustrie, organisiert in einer dreiteiligen Konstellation durch Arbeiter*innen, Staat und Bürger*innen - einer Form von Vergesellschaftung (Stahl 2025: 176-179). Wie diese demokratische Kontrolle in diesen komplexen Zeiten aussehen kann, ist eine offene Frage. Klar ist jedoch, dass erst durch eine demokratische Kontrolle der Rüstungsproduktion die Profitlogik der Rüstung im Kern durchbrochen werden kann. Denn das Zusammenwirken von Profit- und Politiklogik im militärisch-industriellen Komplex ist es, was dazu führt, dass die tagespolitischen Diskussionen immer darum geführt werden, wie viele Millionen, Milliarden oder Prozentpunkte des BIP nun mehr für Aufrüstung ausgegeben werden sollen. Als Gegenpol könnte das Ziel demokratischer Kontrolle, gerade auch im Anbetracht kritischer Untersuchungen der Rüstungsstärke Europas (wie im Auftrag von Greenpeace Steinmetz et. al. 2024), sein, dass möglichst wenig für Rüstung ausgegeben werden soll. Anstatt Zielvorgaben zu hohen Rüstungsausgaben, braucht es Zielvorgaben zur Abrüstung.

Das bedeutet nicht, dass der Reflex zur Aufrüstung durch das pazifistische Absolutum ersetzt werden soll, das jede Form militärischer Investition pauschal ablehnt. Imperialistische Bedrohungen müssen als solche ernstgenommen werden, das gilt auch für die Konfrontation der EU mit Russland. Denn spätestens seit dem 22. Februar 2024 ist klar, dass die russische Staatsspitze bereit ist, militärische Gewalt zur Durchsetzung geopolitischer Interessen auch am europäischen Kontinent einzusetzen. Das verfängt die europäische Friedensbewegung in verzwickte Widersprüche. Man möchte einer Bedrohung von außen gewappnet sein und sich solidarisch mit den Menschen zeigen, die in einem imperialistischen Krieg alles verlieren können.

Nur: Wer einen Blick über den europäischen Tellerrand (zum Beispiel in die Sahelzone) hinauswagt, bemerkt schnell, dass die wesentlichen Fragen der emanzipatorischen Friedensbewegung nicht die

Positionierung in einem absoluten „Ja“ oder „Nein“ zu Waffenlieferungen an die Ukraine oder zu Rüstungsprogrammen wie Skyshield sind. Die Fragen sollen zwar auch nicht übergangen werden, um Widersprüche unter den Teppich zu kehren. Sie sind wichtig und müssen diskutiert werden. Daher auch der Vorschlag, möglichst niedrige Rüstungsausgaben als Ziel zu verankern, um eine Brücke schlagen zu können zwischen mittelfristig notwendigen Rüstungsausgaben und langfristig angestrebter Abrüstung.

Trotzdem sollten diese Fragen, an denen sich die progressiven Geister spalten, nicht der Ausgangspunkt sein, von dem friedenspolitische Antworten auf die geopolitische Transformation und neue Konfrontation entwickelt werden sollten. Die Kontextualisierung der Militarisierung Europas in den Klassenkampf nach innen (staatliche Profitsubvention und Sparpolitik) und den Klassenkampf nach außen (Ressourcenextraktion und Marktdominanz) zeigt: Der Ausgangspunkt von progressiver Friedenspolitik muss die Frage von globaler und europäischer Wohlstandsgerechtigkeit sein. Eine Klassenperspektive macht in der Frage des Friedens Verbindungen möglich, er öffnet neue Räume der Solidarität, die durch die nationale Perspektive unsichtbar sind und macht Widersprüche bearbeitbar.

Autonomie von unten

Die Vision des „neuen Europas“ von von der Leyen bricht nicht mit den Grundlagen der ungleichen Verteilung von Wohlstand innerhalb des Kontinents und zwischen den Kontinenten. Eine friedenspolitische Perspektive darf die Konflikte dieser Welt nicht aus den gleichen Augen betrachten. Friedenspolitik bedeutet im Zuge der sich verschärfenden geopolitischen Auseinandersetzungen die Klassenperspektive, nicht die nationale Perspektive einzunehmen. „Nicht die europäische Solidarität, sondern die *internationale* Solidarität, die sämtliche Weltteile, Rassen [sic!] und Völker umfasst“ (Luxemburg 2018 [1911]: 34, Herv. i. O.) ist die Grundlage für den politischen Kampf gegen Militarismus und Krieg. Die Antwort auf „America first“ darf nicht einfach „Europe first“ heißen, denn das „europäische Interesse“, das von Staats wegen verfolgt werden soll, ist nicht unbedingt im Interesse der europäischen Arbeiter*innenklasse und schon gar nicht im Interesse einer Friedensbewegung, die eine Vision globaler Gerechtigkeit verwirklichen möchte. Eine solche Friedensbewegung muss handlungsfähig werden für eigene Projekte, die mit den Konzepten brechen, die Krieg und Konflikt in der alten und neuen Weltordnung anheizen.

Die Zuspitzung des Weltordnungskonflikts schafft nun in eine Situation, in der sich Fragen, die lange getrennt voneinander behandelt wurden, überschneiden. Je mehr der Konflikt sich zuspitzt, umso deutlicher wird, wie Klassen-, Geschlechter-, Klima- und Friedensfragen miteinander konvergieren (Ingar Solty in Projekt Revolutionäre Perspektive et. al. 2023). Sie alle rücken nach und nach den Kampf um die Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen ins Zentrum der politischen

Auseinandersetzung. Es gilt also auch in der politischen, alltäglichen Praxis diese Fragen zusammenzudenken und sich um deren Verknüpfung im politischen Alltag zu bemühen.

Tatsächlich sollte progressive Europapolitik auf Autonomie (von den USA) ausgerichtet sein (Wahl 2024: 33), aber nicht als Autonomie des europäischen Kapitals gegenüber dem US-amerikanischen oder chinesischen Kapital. Sondern als Autonomie und Demokratie, die in der Basis der Gesellschaft verankert ist, als Ermächtigung der arbeitenden Klasse, die Kontrolle über ihre Lebensbedingungen erlangt und produziert, was gesellschaftlich notwendig ist. Die Autonomie Europas sollte eine Autonomie von unten sein. Konzepte wie die der Ernährungssouveränität (siehe z.B. maldekstra 2018, Luig & Kühne 2018) und der Energiedemokratie (z.B. Cunza & Becker 2014), die darauf ausgelegt sind, die in Europa notwendigen Lebensmittel und die benötigte Energie möglichst autark selbst herzustellen und diese Produktion zu demokratisieren, haben einen internationalistischen und antimilitaristischen Kern. Beide Transformationsprojekte versprechen mehr demokratische Kontrolle und Gerechtigkeit sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden (Luig & Kühne 2018: 33), denn durch sie gelingt es, beispielsweise Uranproduktion und Energiegewinnung in Niger oder gar Fischfang im Senegal mit Ernährungs- und Energiesicherheit in Europa zusammenzudenken.

Aktuell ist im Kampf um Autonomie von Unten ein genauer Blick auf die Wiederaufbaupläne der Ukraine gefragt. Es sind nicht nur die USA, die sich Zugang zu den ukrainischen Rohstoffen sichern, sondern auch die Prozesse rund um die EU-Mitgliedschaft fördern Bedingungen, die die Ukraine künftig in der Rolle eines Rohstofflieferanten seinen „Partnern“ des Westens unterordnen würden (Larina 2025). Auch in Österreich wird der Wiederaufbau der Ukraine als Chance für die österreichische Industrie sowie die Export- und Energiewirtschaft gesehen. „Der Wiederaufbau in der Ukraine soll eine starke rot-weiß-rote Handschrift tragen“, fordert etwa die Leiterin der Sektion für Europa und Wirtschaft im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA o. J.). Bereits 2020 zwangen IWF und Weltbank die Ukraine durch Kreditbedingungen dazu, das Ackerland dem Handel freizugeben (Die Presse 2020). Nun wechselten zwischen 2022 und 2023 im Schatten des Krieges abertausende Hektar Land den Besitz in die Hände von westlichen Agrarkonzernen. Der Vorsitzende der ukrainischen Union der Kleinfarmer*innen nennt dies „Ausverkauf mit fragwürdigen Methoden“, doch sich dagegen wehren kann er nicht, denn das Kriegsrecht verbietet Proteste. Die Privatisierungswelle des ukrainischen Ackerlands hat auch Implikationen für die Kapitalisierung der Ernährungssicherheit weltweit, denn etwa 30 Prozent des Weltweizens werden in der Ukraine angebaut (Jeska 2023, Mousseau & Devillers 2023).

Für Rosa Luxemburg war es insbesondere der Militarismus, der Ausdruck der Zerstörung der Demokratie war. Auch heute werden Imperialismus und Militarismus wieder durch Faschisierungsprozesse in den Zentren begleitet. Eine emanzipatorische Friedensbewegung muss deshalb auch eine Demokratiebewegung nach innen sein, denn „[e]s ist illusorisch zu glauben, es

wäre möglich, die Welt nach außen hin zu befrieden, ohne zugleich einen Kampf gegen die Zerstörung der Demokratie im innern zu führen“ (Deppe et. al. 2010 :60). Die Demokratie zu verteidigen bedeutet damals wie heute, sich nicht nur für deren Erhalt, sondern für deren Erweiterung einzusetzen und die Demokratisierung der Wirtschaft und ein Europa ohne Klassenherrschaft einzufordern, wie es der Ruf nach Ernährungssouveränität und Energiedemokratie tut.

Globaler Systemwandel statt Zeitenwende

Der Klassenkampf, der diesen Ruf verwirklichen kann, muss von der Form her national und europäisch sein. Der Inhalt des Klassenkampfes ist aber unbedingt international zu denken (vgl. die Formulierung von Nicos Poulantzas 2001 [1973]: 59). Das bedeutet, dass Ansätze „zu Hause“ die sozialen, ökologischen und globalen Implikationen berücksichtigen müssen. Dieser Ansatz ist nicht immer frei von Widersprüchen. Genauso wenig, wie das Interesse der europäischen Arbeiter*innenklasse mit dem „europäischen Interesse“ des transnationalen kapitalistischen Staatsprojekts, der EU, gleichgesetzt werden darf, kann von einem objektiven, gemeinsamen Interesse der Subalternen weltweit ausgegangen werden. Teile der Arbeiter*innenklasse des Globalen Nordens wurden auf eine privilegierte Art und Weise in die „imperiale Lebensweise“ (Brand & Wissen 2018: 107) eingebunden. Aufgrund struktureller globaler Ungleichheiten ist Leben im Globalen Norden aktuell beinahe nur auf Kosten der Natur und auf Kosten von Arbeiter*innen anderer, peripherer Regionen möglich, weil die ungleiche Aneignung in den Produktionsprozess, die Konsumverhältnisse und die sozialen und physischen Infrastrukturen eingeschrieben sind (Brand & Wissen 2018: 107).

Um die globale Ungleichheit als Konfliktursache zu überwinden, muss die Transformation der Produktions- und Lebensweise in Europa ausgehend vom Blickwinkel der globalen Gerechtigkeit gedacht werden. „Dies impliziert eine völlige Restrukturierung von Weltmarkt, internationaler Arbeitsteilung und den entsprechenden Regeln und Kräfteverhältnissen.“ (Brand & Wissen 2018: 111). Ein glaubhaftes Bekenntnis zu globaler Gerechtigkeit erfordert die Anerkennung historischer, ökonomischer, klimatischer und ökologischer Schulden gegenüber Staaten des Globalen Südens. Diese Anerkennung muss in konkreten Maßnahmen münden: Dazu zählen substanzielle finanzielle Transfers zur Bewältigung der humanitären Krise, Reparationen für die durch den Globalen Norden verursachte Klimakatastrophe, ein Schuldenerlass für als illegitim geltende Schulden ehemaliger Kolonien (Mfochivé & Schmelzer 2024) sowie eine faire und solidarische Handelspolitik (Alternative Trade Mandate 2013), die auf die Stärkung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Sicherheit und Autonomie ausgerichtet ist.

Internationale Friedenspolitik muss sich dabei nicht nur um Machtausgleich zwischen den Staaten bemühen, sondern Schritt für Schritt die Macht der Kapitalist*innenklasse einschränken. Europa war einst treibende Kraft der neoliberalen Globalisierung, die zur massiven Machtkonzentration

transnationaler Konzerne führte. Heute sollte ein Zusammenschluss der arbeitenden Klassen darauf zielen, diese Macht zu begrenzen und den kapitalistischen Ursachen geökonomischer und geopolitischer Krisen entgegenzuwirken. Rosa Luxemburg (2021a [1899]: 118) ruft dazu auf, nicht nur die Folgen des kapitalistischen Systems zu bearbeiten, sondern eine Politik zu formulieren, die das kapitalistische System in Frage stellt und überwinden kann. Sie schreibt in einem Text mit dem Titel „Friedensutopien“ davon, dass „der Militarismus in seinen beiden Formen – als Krieg wie als bewaffneter Friede – [...] ein logisches Ergebnis des Kapitalismus [ist], das nur mit dem Kapitalismus zusammen überwunden werden kann“ (Luxemburg 2018 [1911]: 21-22). Dieses Ziel in den Alltag zu übersetzen ist die konkrete Aufgabe progressiver Friedenspolitik.

Vita der Autorin

Anna Laetitia Rauchenwald (sie*ihr) ist Aktivistin und Sozialwissenschaftlerin aus Wien. Ihre Masterarbeit zur politischen Ökonomie europäischer militarisierter Außenpolitik wurde mit dem Nachwuchsförderpreis der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung ausgezeichnet. Sie ist ehrenamtlich in der Jugendbildungsarbeit engagiert und beruflich für die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik tätig.

Publikationen und Dissemination

Masterarbeit: Die Politische Ökonomie europäischer militarisierter Außenpolitik am Beispiel der EFF-finanzierten EU-Missionen in Mali und Niger (Oktober 2024). [Link](#)

Vortrag: Militarisierung der EU – eine Systemkritik (Jänner 2025)

- im Rahmen der Vortragsreihe ‚feminismen diskutieren‘ des Verbands feministischer Wissenschaftleri*nnen – VfW. Wien, 28.01.2025. [Link](#)

Interview: Politische Ökonomie europäischer militarisierter Außenpolitik (Jänner 2025)

- für den Podcast des VIPR - Varna Peace Institute. 29.01.2025. [Link](#)

Interview: Militarisierung in der EU (August 2025)

- für den Podcast Globale Dialoge, ein Projekt der Zeitschrift Frauen*solidarität und Radio Orange 94.0. [Link](#)

EuroMemo Annual Conference: Alternative Economic Policy in Europe (Wien, September 2024)

- Beitrag: Rearmament in Europe: The unfolding of a political-economic mechanism. [Link](#)

Buchbeitrag: Ein europäisches Asylwesen, das Schutz und Sicherheit bietet (2022)

- In: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (Hg.). Unter 30!: Junge Visionen für Europa. Wien: Czernin, 112-116. [Link](#)

Kontakt

E-Mail: anna.laetitia@rauchenwald.eu

Telefon: +43 650 672 97 58

Instagram: [@anna.laetitia.revoluzza](https://www.instagram.com/anna.laetitia.revoluzza)

Literatur

- Achleitner, Sophie (2025). Budgetsanierung: Sparen auf Frauenrücken. Momentum Institut, Policy Brief 6/2025, <https://www.momentum-institut.at/wp-content/uploads/2025/06/2025-06-Policy-Brief-Budgetsanierung-Sparen-auf-Frauenruecken-Momentum-Institut.pdf>, Juni 2025 [Zugriff: 12.10.2025].
- Afoumba, Dolly Katiutia Alima (2021). Rekolonisierung des Sahel: Kapitalistische Akkumulation und westliche Militärinterventionen. In: *Wissenschaft & Frieden*, 39(1), 31-34.
- Airbus (2023). Airbus reports Full-Year (FY) 2022 results. <https://www.airbus.com/sites/g/files/jlcbta136/files/2023-02/EN-Press-Release-Airbus-FY2022-Results.pdf>, 16.02.2023 [Zugriff: 24.02.2025].
- Alternative Trade Mandate (2013). Handel: Zeit für eine neue Vision. https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/ziele/gerechter_welthandel/ATM-deutsch-Langfassung.pdf.
- Berndt, Michael (2021). Der polit-ökonomische Ansatz der Kritischen Friedensforschung von Ekkehart Krippendorff. In: *Die Friedens-Warte*, 94(1-2), 30-44.
- Berndt, Michael (2023). Es geht gar nicht um Mali!: Eine polit-ökonomische Analyse des Bundeswehreinsatzes. In: *Wissenschaft & Frieden*, 41(1), 43-47.
- Berndt, Michael (2024). Militärinterventionen im Sahel: Teil der Problemlösung oder Teil der Probleme?. In: Mühlbauer, Josef; Lakitsch, Maximilian (Hg.). *Kritische Friedensforschung: Konzepte, Analysen & Diagnosen*. Berlin: mandelbaum, 93-104.
- Blaha, Barbara; Dobusch, Leonhard; Jüngling, Leonard; Mader, Katharina; Picek, Oliver; Schuster, Barbara; Steinmaßl, Paul (2025). „Regieren zu dritt unter Budgetvorbehalt“: Das Regierungsprogramm von ÖVP, SPÖ und NEOS im Verteilungsscheck. Momentum Institut, <https://www.momentum-institut.at/wp-content/uploads/2025/02/Verteilungsscheck-Regierungsprogramm-2025.pdf>, Februar 2025 [Zugriff: 12.10.2025].
- BMEIA, Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (o.J.). Für Unternehmen. <https://www.ukraine-wiederaufbau.at/fuer-unternehmen> [Zugriff: 12.10.2025].
- Bonaiuti, Chiara; Maranzano, Paolo; Pianta, Mario; Stamegna, Marco (2023). Arming Europe: Military expenditures and their economic impact in Germany, Italy, and Spain. Greenpeace Report, https://www.greenpeace.org/static/planet4-italy-stateless/2023/11/d4d111bc-arming-europe.pdf?__hstc=222476484.a2977b85c713522daa853657e5c1640a.1737915501219.1750157229433.1760269928677.5&__hssc=222476484.1.1760269928677&__hsfp=2802982612, November 2024 [Zugriff: 12.10.2025].
- Bonazzi, Marlon (2024). Rüstungsaktien: Eine brisante Wette auf den brodelnden Ost-West-Konflikt. *WirtschaftsWoche*, <https://www.wiwo.de/finanzen/boerse/trump-und-china-ruestungsaktien-eine-brisante-wette-auf-den-broedelnden-ost-west-konflikt/30094816.html>, 22.11.2024 [Zugriff: 18.01.2025].
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2018). „Nichts zu verlieren als ihre Ketten?“. Neue Klassenpolitik und imperiale Lebensweise. In: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 1/2018, 104-111.

- Brzoska, Michael (2014). Neoliberale Rüstungsexportpolitik?: Markt und Staat im globalen Rüstungsmarkt. In: Wissenschaft & Frieden, 2014/2, <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/neoliberale-ruestungsexportpolitik/> [Zugriff: 14.02.2025].
- Carayol, Rémi. (2025). Das Ende von Francafrrique?. *Le monde diplomatique*, Januar 2025, 11.
- Corporate Europe Observatory (2021). Under the influence: the distorted priorities of the French EU Council Presidency. <https://corporateeurope.org/sites/default/files/2021-12/Under%20the%20influence%20-%20executive%20summary%20FINAL.pdf> [Zugriff: 26.02.2025].
- Csernaton, Raluca (2021). The EU's Defense Ambitions: Understanding the Emergence of a European Technological and Industrial Complex. Carnegie Europe, Working Paper, December 2021. https://carnegieendowment.org/files/Csernaton_EU_Defense_v2.pdf [Zugriff: 05.04.2024].
- Deppe, Frank; Salomon, David; Solty, Ingar (2010). Imperialismus und Antiimperialismus – gestern und heute. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 84, 48-. https://frankdeppe.de/wp-content/uploads/2018/02/deppe_frank_und_andere_2010_imperialismus_und_antiimperialismus_gestern_und_heute_quelle_z_84.pdf.
- Die Presse (2020a). "Koste es, was es wolle": Regierung stemmt sich gegen Coronakrise. <https://www.diepresse.com/5787203/koste-es-was-es-wolle-regierung-stemmt-sich-gegen-coronakrise>, 18.03.2020 [Zugriff: 12.10.2025].
- Die Presse (2020b). Ukraine gibt Handel mit begerhtem Agrarland frei. <https://www.diepresse.com/5793743/ukraine-gibt-handel-mit-begerhtem-agrarland-frei>, 31.03.2020 [Zugriff: 12.10.2025].
- Federici, Silvia. (2015). Die Reproduktion der Arbeitskraft im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. In: dies. Aufstand aus der Küche: Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: edition assemblage, 21-86. (Kitchen Politics – Queerfeministische Interventionen. 1.)
- Gerócs, Tamás (2025). The Sahel Confederation: The Historic Role of the Military in West African Developmentalism. *International Critical Thought*, 15(2), 295–319. <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1080/21598282.2025.2506990>.
- Grimm, Oliver (2025). Rede zur Lage der Union: Von der Leyen schwört die EU auf Krieg ein. Die Presse Online, <https://www.diepresse.com/20082883/von-der-leyen-schwuert-die-eu-auf-krieg-ein>, 10.09.2025 [Zugriff: 16.09.2025].
- Hirsch, Joachim (2005). Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA-Verlag.
- Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (2014).
- Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (2014). Kampagne „Atomwaffen – ein Bombengeschäft“. <https://atombombengeschaeft.de/wp-content/uploads/2014/09/mobilisierungsflyer.pdf> [Zugriff: 26.02.2025].
- Jeska, Andrea (2023). Ausverkauf im Schatten des Ukraine-Krieges. Frankfurter Rundschau, <https://www.fr.de/politik/ausverkauf-im-schatten-des-krieges-92565094.html>, 18.10.2023 [Zugriff: 12.10.2025].
-

- Jüngling, Leonard (2024). Der Profit auf Kosten aller. Momentum Institut, <https://www.momentum-institut.at/news/der-profit-auf-kosten-aller/>, 06.05.2024 [Zugriff: 12.10.2025].
- Kolling, Andrea (2023). Aufrüstung und Kriegswirtschaft als Konsequenz der sogenannten „Zeitenwende“?. In: Wissenschaft & Frieden. Rüstungsexportkontrollatlas. Dossier 97, Dezember 2023, 5- 10.
- Kunze, Conrad; Becker, Sören (2014). Energiedemokratie in Europa: Bestandsaufnahme und Ausblick. Rosa-Luxemburg-Stiftung, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Energiedemokratie-in-Europa.pdf, Juli 2014 [Zugriff: 12.10.2025].
- Larina, Maryna (2025). Die Ukraine nach dem Rohstoff-Deal. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analyse, <https://www.rosalux.de/news/id/53533/die-ukraine-nach-dem-rohstoff-deal>, 20.06.2025 [Zugriff: 12.10.2025].
- LeBlanc, Paul (2013). Imperialismus und Militarismus: Rosa Luxemburg und die globale Gewalt des Kapitalismus. In: Schmidt, Ingo (Hg.). Rosa Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals“: die Aktualität von ökonomischer Theorie, Imperialismuserklärung und Klassenanalyse. Hamburg: VSA-Verlag, 63-81.
- Leonardo (2023). Leonardo 2022 Annual Report Summary. https://www.leonardo.com/documents/15646808/21636149/SintesiBilancio22_ESE_Digital_EN.pdf?t=1680092378425 [Zugriff: 24.02.2025].
- Luehmann, Malte (2012). Rüstungskonzerne und Politik: Rüstungslobbyismus in Deutschland und in der EU. In: Wissenschaft & Frieden, 30(4), 10-12.
- Luig, Benjamin; Kühne, Steffen (2018). Radikal und unterschätzt: Mit Ernährungssouveränität gegen den globalen Agrarkapitalismus. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2018, 26-33.
- Luxemburg, Rosa (2018 [1911]). Friedensutopien. In: Luxemburg, Rosa. Friedensutopien und Hundepolitik: Schriften und Reden. Ditzingen: Reclam, 18-35.
- Luxemburg, Rosa (2021a [1899]). Anhang: Miliz und Militarismus. In: Luxemburg, Rosa. Sozialreform oder Revolution?. Berlin: manifest, 113-139.
- Luxemburg, Rosa (2021b [1899]). Sozialreform oder Revolution?: Zollpolitik und Militarismus. In: Luxemburg, Rosa. Sozialreform oder Revolution?. Berlin: manifest, 46-52.
- maldekstra (2018). Die Verdammten dieser Erde: Landarbeit, Demokratie, globale Gerechtigkeit, Eigentum: Worum es bei Ernährungssouveränität geht. maldekstra: Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal 1, Oktober 2018, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/maldekstra_1.pdf [Zugriff: 08.10.2025].
- Mayer, Angela Simonet, Loïc; Späth, Johannes (2025). The European Union and the Sahel: the day after. Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip, *Policy Analysis, 1/January 2025*. Verfügbar unter: <https://www.oiip.ac.at/cms/media/the-european-union-and-the-sahel-the-day-after.pdf>.
- Mfochivé, Oumarou F.; & Schmelzer, Matthias (2024). Bausteine für Klimagerechtigkeit: Klimaschulden & Reparationen. Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.), https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2024/07/Dossier_Klimaschulden_digital.pdf, August 2024.

- Mousseau, Frédéric; Devillers, Eve (2023). War and Theft: The Takeover of Ukraine's Agricultural Land. The Oakland Institute, <https://ftp.oaklandinstitute.org/sites/default/files/files-archive/takeover-ukraine-agricultural-land.pdf> [Zugriff: 12.10.2025].
- Nkrumah, Kwame (2016 [1965]). Neokolonialismus: Das letzte Stadium des Imperialismus. In L. Schmidt & S. Schröder (Hrsg.), *Entwicklungstheorien: Klassiker, Kritik und Alternativen* (S. 155-166). Wien: Mandelbaum.
- Oberndorfer, Lukas (2019). Autoritärer Konsens - von der Hegemoniekrise zu einem EU-Sicherheitsregime. In: Book, Carina; Huke, Nikolai; Klauke, Sebastian; Tietje, Olaf (Hg.). *Alltägliche Grenzziehungen: Das Konzept der "imperialen Lebensweise", Externalisierung und exklusive Solidarität*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 44-72.
- Petras, James F.; Veltmeyer, Henry (2016). *Imperialism and capitalism in the twenty-first century: A system in crisis*. London, New York: Routledge.
- Pflüger, Tobias (2008). Empire Europa: Das militärische Fundament der Wirtschaftsmacht EU. In: *Kritische Justiz* 31(3), 317-323.
- Poulantzas, Nicos (2001 [1973]): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat. In: Hirsch, Joachim; Jessop, Bob; Poulantzas, Nicos (Hg.). *Die Zukunft des Staates*. Hamburg: VSA, 19-69.
- Projekt Revolutionäre Perspektive; Arps, Jan Ole; Solty, Ingar (2023). Was heißt Internationalismus im Krieg?: Ein Streitgespräch über die Gründe des Ukraine-Krieges, sein mögliches Ende und die Aufgabe der Linken. In: *analyse & kritik – Zeitschrift für linke Debatte & Praxis*, <https://www.akweb.de/bewegung/was-heisst-internationalismus-im-krieg-ein-streitgesprach/>, 15.08.2023 [Zugriff: 04.10.2025].
- Rauchenwald, Anna (2024). Die Politische Ökonomie europäischer militarisierter Außenpolitik am Beispiel der EFF-finanzierten EU-Missionen in Mali und Niger. Universität Wien, Masterarbeit. https://www.vfw.or.at/wp-content/uploads/2025/01/rauchenwald_masterarbeit_.pdf.
- Robert, Anne-Cécile (2023). Sahel - Aufstand der Autonomisten. *Le Monde diplomatique Online*. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5943464>, 07.09.2023 [Zugriff: 01.07.2024].
- Robinson, William I. (2019). Accumulation Crisis and Global Police State. In: *Critical Sociology* 45(6), 845-858.
- Roithner, Thomas (2007). Die EU auf dem Weg zur Militärmacht: Alternativen zur Militarisierung der Sicherheitspolitik. In: *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik* 27(53), 33-45.
- Scheiblecker, Marcus; Kaniovski, Serguei; Url, Thomas; Ertl, Martin; Hofer, Helmut; Reiter, Michael; Weyerstrass, Klaus; Berger, Johannes; Schwarzbauer, Wolfgang; Strohnner, Ludwig; Pichler, Paul (2023). Makroökonomische Effekte der von der Bundesregierung im Rahmen der COVID-19-Krise gesetzten Maßnahmen. WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-9399/s_2023_covid19_makrooekonomische_effekte_70590_.pdf, Jänner 2023 [Zugriff: 12.10.2025].
- Schmidt, Dorothea (2020). Gibt es in Deutschland einen militärisch-industriellen Komplex?. In: *PROKLA Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft*, 50(201), 617-641. <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i201.1916>.

- SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute (2023a). Trends in World Military Expenditure, 2022. Fact Sheet, April 2023. https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-04/2304_fs_milex_2022.pdf [Zugriff: 06.04.2024].
- SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute (2023b). The SIPRI Top 100 Arms-producing and Military Services Companies, 2022. Fact Sheet, Dezember 2023. https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-11/fs_2312_top_100_2022.pdf [Zugriff: 18.01.2025].
- Snyder, Susi (2020). Bombenbauer und Bombenbanker: Das Geschäft mit Atomwaffen. In: *Wissenschaft & Frieden*, 1/2020, 17-19.
- Stahl, Daniel (2025). *Bedrohliches Geschäft: Waffenhandel und Völkerrecht in Zeiten imperialer Expansion*. Berlin, Boston: De Gruyter.
- Steinmetz, Christopher; Wulf, Herbert; Lurz, Alexander (2024). Wann ist genug genug?: Ein Vergleich der militärischen Potenziale der Nato und Russlands. *Greenpeace*, https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Rusland.pdf, November 2024 [Zugriff: 12.10.2025].
- Szigetvari, András (2025). Sieben Zahlen, die man kennen muss, um Österreichs Budgetmisere zu verstehen. <https://www.derstandard.at/story/3000000263434/sieben-zahlen-die-man-kennen-muss-um-oesterreichs-budgetmisere-zu-verstehen>, 29.03.2025 [Zugriff: 29.04.2025].
- tagesschau.de 2025. Haushaltskrise in Frankreich: Bayrou will massiv sparen - und Feiertage streichen. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/frankreich-haushalt-104.html>, 15.07.2025 [Zugriff: 03.10.2025].
- Thales Group (2024). Thales reports its 2023 full-year results. https://www.thalesgroup.com/sites/default/files/database/document/2024-03/Thales%20reports%20its%202023%20full-year%20results%20-%20Press%20release%20-%2005%20March%202024_0.pdf, 05.03.2024 [Zugriff: 24.02.2025].
- Tschiderer, Martin (2025). Kann Österreich jetzt noch schneller aufrüsten?. <https://www.derstandard.at/story/3000000260020/kann-oesterreich-jetzt-noch-schneller-aufruesten>, 06.03.2025 [Zugriff: 29.04.2025].
- von der Leyen, Ursula (2025). 2025 State of the Union Address by President von der Leyen. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/speech_25_2053/SPEECH_25_2053_EN.pdf, 10.09.2025 [Zugriff: 15.09.2025].
- Wahl, Peter (2024). Zwischen Wollen und Können: Der Anspruch der EU auf Weltmachtstatus. In: Sablowski, Thomas; Wahl, Peter (Hg.). *Europäische Integration in der multiplen Krise: Zukunftsaussichten der Europäischen Union*. Hamburg: VSA, 22-34.
- Wilén, Nina (2025). Hilflöse Autokraten: Die Militärjuntas im Sahel bekommen die Gewalt nicht in den Griff. In: *Le monde diplomatique* 31(9), 12-13.
- Wissel, Jens (2015). *Staatsprojekt Europa: Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zschoche, Miriam (2021). Neue Zeiten für deutsche Rüstungsfirmen?: Strategien für die Zeit nach einem Exportstopp in Drittländer. *Greenpeace e.V. (Hg.)*, https://www.greenpeace.de/publikationen/greenpeace_unierfurt_waffenexporte_drittlaender.pdf, 11/2021.